

Gabrisch, Hubert

Article — Digitized Version

Wie könnte das Verschuldungsproblem im Westen gelöst werden?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gabrisch, Hubert (1982) : Wie könnte das Verschuldungsproblem im Westen gelöst werden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 7, pp. 352-356

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135701>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wie könnte das Verschuldungsproblem im Westen gelöst werden?

Hubert Gabrisch, Hamburg

Seit 1980 sind bereits drei Regierungen (unter den Premiers Babiuch, Pinkowski und Jaruzeiski) vergeblich bemüht gewesen, einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise Polens zu finden. Die Realisierung der Konzepte zur Sanierung der polnischen Wirtschaft scheiterte jedoch bisher vor allem an der fehlenden Atempause bei der Rückzahlung der im Westen aufgenommenen Kredite. Wie könnte eine Lösung des Verschuldungsproblems aussehen? Wie stünden dann die Chancen für eine Überwindung der polnischen Krise?

Der polnische Finanzbedarf bis 1985 ist enorm hoch. Der Verschuldungsstand gegenüber westlichen Gläubigern belief sich Ende 1981 auf 25,5 Mrd. \$ (brutto). Bis 1985 sollen nach Schätzungen der polnischen Regierung Tilgungszahlungen in Höhe von sogar 27,2 Mrd. \$ fällig werden (vgl. Tabelle 1), wenn es zu keinen Stundungen kommt. Hinzu kommen noch ca. 13 Mrd. Dollar an Zinszahlungen. Dem stehen – folgt man den Erwartungen der Regierung – nur Überschüsse aus dem Warenhandel, aus Übertragungen und Dienstleistungen (ohne Zinseinnahmen und -ausgaben) von wahrscheinlich insgesamt 6,8 Mrd. \$ gegenüber, so daß eine Kreditaufnahme (Bruttoneuverschuldung) in einer Größenordnung von ca. 33,4 Mrd. \$ bis 1985 notwendig wäre. Der Verschuldungszuwachs (Bruttoneuverschuldung abzüglich Tilgungen) würde bis 1985 voraussichtlich nicht unter 6,2 Mrd. \$ liegen, so daß sich die Bruttoverschuldung auf ca. 31,7 Mrd. \$ erhöhen würde.

Dabei ist nicht einmal gesichert, daß es in den nächsten Jahren auch tatsächlich zu dem von der polnischen Regierung angenommenen positiven Handelsbilanzsaldo mit dem Westen kommt. Kann nämlich dieser Kreditbedarf auf die eine oder andere Art und Weise (Importkredite, Refinanzierung oder Umschuldung) nicht gedeckt werden, so müßten die Importe weiter reduziert werden, was bei der geringen Flexibilität des Produktionsapparates zu einem enormen Rückgang des Natio-

naleinkommens, im Extremfall sogar zum Zusammenbruch der Industrieproduktion und zwangsläufig zu einem weiteren Rückgang der Exporte in den Westen führen würde. Obwohl offiziell in Polen von einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung die Rede ist, weisen polnische Minister in Gesprächen mit westlichen Experten, Regierungs- und Bankvertretern immer wieder auf diese Gefahr hin. Und tatsächlich sind in den ersten fünf Monaten 1982 die Importe aus dem Westen um ca. 40 % gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr gesunken, was u. a. auch einen Rückgang der Exporte in den Westen um 24 % mit verursachte.

Eine Analyse der Handlungsalternativen der polnischen Regierung zeigt, wie gering der Spielraum zur Deckung des Finanzbedarfs geworden ist. Die polnischen Hoffnungen ruhten bisher auf neuen Bank- und Regierungskrediten aus dem Westen, auf dem Eintritt in den Internationalen Währungsfonds (IWF) und auf verstärkter finanzieller Hilfe der anderen RGW-Staaten. Aber Wille und Fähigkeit der anderen RGW-Länder zur Hilfestellung sind begrenzt, und eine eventuelle Mitgliedschaft im IWF dürfte eher längerfristig zur Zahlungsbilanzentlastung beitragen. Andere Möglichkeiten wie etwa die Umgehung der internationalen Finanzmärkte durch direkte Kreditverhandlungen mit den OPEC-Ländern (wie von Ungarn bereits praktiziert) scheiden für Polen aus, weil sich die Kreditgeber kaum mit einem Risiko belasten werden, vor dem schon die Banken zurückschrecken. Eine Vergabe von neuen westlichen Regierungskrediten an Warschau könnte zwar zu einer Entlastung führen, ist aber unter den derzeitigen politischen Umständen nicht zu erwarten. Der Schlüssel für die Lösung der kurz- und mittelfristigen Finanzierungsprobleme Polens ist also in den Verhand-

Hubert Gabrisch, 31, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Sozialistische Länder und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

lungen zwischen der polnischen Regierung und den Banken zu suchen.

Notwendige Umschuldung

Kann aber dieser gewaltige Kreditbedarf Polens auf den internationalen Finanzmärkten gedeckt werden? Viele Banken argumentieren im Falle neuer Kredite, „gutes Geld nicht schlechtem hinterherwerfen“ zu wollen. Wie die Erfahrungen des vergangenen Jahres gezeigt haben, wird für Polen deshalb vorerst nicht mehr als eine Umschuldung der bestehenden Schulden zu erreichen sein. Dabei ist allerdings zu bezweifeln, ob eine Umschuldung nach dem Muster des Jahres 1981 geeignet sein wird, den Polen eine Atempause und den westlichen Gläubigern mehr Gewißheit über die Sicherheit ihrer Forderungen zu verschaffen. 1981 wurden lediglich ca. 4,6 Mrd. \$ von 7,5 Mrd. \$ an Tilgungsverpflichtungen umgeschuldet. Die Zinsverpflichtungen in Höhe von 2,7 Mrd. \$ mußten weiter erfüllt werden. Trotz des Tilgungsaufschubs stieg die Verschuldung um weitere 2,5 Mrd. \$ an, und alle Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der Exporte in den Westen zeigten nach unten. Es ist zu erwarten, daß die Umschuldungsverhandlungen 1982 zu einem ähnlichen Ergebnis wie im Vorjahr führen werden, und hiervon dürfte kaum eine spürbare Entlastung der Zahlungsbilanz gegenüber dem Westen ausgehen.

Der entscheidende Nachteil von Umschuldungsregelungen, die lediglich die im laufenden Jahr fälligen Kredite zum Gegenstand haben, besteht darin, daß die Regierung und die Planbehörde in Polen nicht die Möglichkeit erhalten, einen längerfristigen Sanierungsplan aufzustellen, geschweige denn zu realisieren, da das Ver-

halten von ca. 500 Gläubigern und die dann tatsächlich zu leistenden Zahlungen über einige Jahre hinweg nicht mehr eindeutig kalkulierbar sind. Außerdem werden die Umschuldungsverhandlungen Mitte des Jahres abgeschlossen, so daß die Ergebnisse nicht im jährlichen Volkswirtschaftsplan berücksichtigt werden können, der zu Jahresbeginn aufgestellt wird. Der Mangel an überzeugenden Sanierungskonzepten ist aber wiederum ein Grund, warum die westlichen Gläubiger keine neuen Kredite gewähren oder günstigen Umschuldungsbedingungen zustimmen wollen. Der Teufelskreis schließt sich, und am Ende droht die Gefahr, daß die Exporte in den Westen auch langfristig nicht mehr zur Kredittilgung ausreichen werden.

Bankrotterklärung wäre keine Lösung

Der in letzter Zeit von einigen westlichen Regierungen ins Spiel gebrachte Gedanke, eine offizielle Bankrotterklärung Polens herbeizuführen, muß als Lösung ausscheiden. Sie würde unerwünschte Folgen für den gesamten Ost-West-Handel und für das politische Klima haben, könnte einige im Polen-Geschäft besonders stark engagierte Banken in Schwierigkeiten bringen und würde die Chancen für eine Sanierung der polnischen Volkswirtschaft gänzlich zunichte machen. Zwar müßte dann über alle Kredite neu verhandelt werden, aber das Verhandlungsklima hätte sich erheblich verschlechtert, und es kann keinesfalls als sicher gelten, daß die Positionen der Gläubiger stärker geworden sein werden. Als Beleg dafür könnte man die in jüngster Zeit auch in polnischen Regierungskreisen angestellten Überlegungen deuten, nun durch eine Zahlungsunfähigkeitserklärung dem Drama von selbst ein vorläufiges Ende zu setzen.

Tabelle 1
Entwicklung des Finanzbedarfs und der Verschuldung im Westen¹
(in Mrd. US-\$)

	1982	1983	1984	1985	1982-85	1986	1987	1988	1989	1990
(1) Zinszahlungen	3,0	3,2	3,4	3,4	13,0	3,7	3,6	3,4	3,0	2,7
(2) Kredittilgungen	7,4	6,8	6,6	6,4	27,2					
(3) Schuldendienst insgesamt	10,4	10,4	10,0	9,8	40,2					
(4) Handelsbilanzüberschuß	-	0,7	1,4	2,2	4,3	3,4	4,2	5,1	6,0	6,7
(5) Überschuß aus anderen Einnahmen und Ausgaben ²	0,5	0,6	0,7	0,7	2,5	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0
(6) Einnahmeüberschuß insgesamt	0,5	1,3	2,1	2,9	6,8	4,2	5,1	6,0	7,0	7,7
(7) (= 3-6) notwendige Kreditaufnahme	9,9	8,7	7,9	6,9	33,4					
(8) Verschuldungsstand am 1. 1.	25,5	28,0	29,9	31,2						
(9) (= 7-2) Zuwachs	2,5	1,9	1,3	0,5	6,2					
(10) Verschuldungsstand am 31. 12.	28,0	29,9	31,2	31,7						

¹ Ohne 1982 und später erfolgte Umschuldungen.

² Andere Dienstleistungen und Übertragungen ohne Zinszahlungen und -einnahmen.

Quelle: Eigene Schätzungen auf der Basis der polnischen Regierungsangaben.

Unter den gegebenen Bedingungen ist eine Neuordnung des gesamten Schuldenpakets unter Umgehung einer offiziellen Zahlungsunfähigkeitserklärung die vernünftigste Lösung für beide Seiten. Damit würde Polen die längere Atempause erhalten, die für die Realisierung eines längerfristigen Sanierungskonzepts so dringend notwendig ist. Ansätze für ein derartiges Konzept existieren ja bereits: Der Zloty wurde um 50 % abgewertet, um u. a. die Exporte zu fördern. Zur Zeit wird eine weitere Abwertung in Erwägung gezogen. Die Verzerrungen in den Preis- und Kostenstrukturen wurden teilweise beseitigt, kräftige Preiserhöhungen absorbieren einen Teil des inflationären Geldüberhangs, und es existieren Pläne zur Umstrukturierung von Produkten und Investitionsmitteln. All dies sind Maßnahmen, die wahrscheinlich auch der IWF den Polen auferlegt hätte, wenn sie Mitglied geworden wären und sie sich um Kredite bemüht hätten.

Gründung eines Polenfonds

Im Rahmen einer Neuordnung aller Schulden müßten die Kredittilgungen wohl auf die zweite Hälfte der 80er Jahre, wenn nicht sogar auf einen späteren Zeitraum verschoben werden. Die fälligen Zinsen könnten dagegen weiter gezahlt werden.

Sicherlich ist eine solche Gesamtlösung unüblich, bei der Vielzahl der Gläubiger ziemlich kompliziert, und sie enthält einige Unwägbarkeiten, z. B. hinsichtlich der Zinsentwicklung. Diese Probleme könnten aber durchaus überwunden werden, wobei in der gegenwärtigen

politischen Situation staatliche Hilfe eher möglich sein würde. Die Zinsentwicklung auf den internationalen Finanzmärkten könnte durch Zinsanpassungsklauseln berücksichtigt werden. Von einigen westlichen Regierungen könnte ein besonderer Polenfonds eingerichtet werden. Dieser könnte z. B. dazu beitragen, daß eine stärkere Bündelung der Forderungen erfolgt. Je weniger Gläubiger es gibt, desto einfacher würden die Umschuldungsverhandlungen sein. Bisher muß befürchtet werden, daß einige kleinere Banken die Verhandlungslinie der meisten anderen großen Gläubiger durchkreuzen. Mit den Fondsmitteln könnten die Forderungen dieser Banken an Polen abgelöst werden. Der Fonds könnte auch mehr Sicherheit für diejenigen Banken schaffen, die besonders stark im Polengeschäft engagiert sind, aber ihre Forderungen nur zu einem geringen Teil mit staatlichen Bürgschaften abgedeckt haben. Schließlich könnte man unter diesen Voraussetzungen und auf dieser Ebene möglicherweise die UdSSR von der Notwendigkeit gemeinsamer Hilfeaktionen überzeugen, denn auch sie ist an der Gesundung der polnischen Wirtschaft interessiert.

Chancen einer Sanierung

Erst die Neuordnung aller Schulden eröffnet die Chance, ein Außenhandelskonzept auszuarbeiten, das einerseits die Exporteinnahmen zur Finanzierung der für eine Sanierung der Wirtschaft notwendigen Importe und andererseits Überschüsse in einer Höhe sichert, durch die die Zinszahlungen finanziert werden könnten.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Karl Wolfgang Menck

TECHNOLOGIETRANSFER IN ENTWICKLUNGSLÄNDER

– Der Beitrag deutscher Unternehmen –

Ziel dieser empirisch abgesicherten Untersuchung über den privatwirtschaftlichen Technologietransfer ist es, den Beitrag deutscher Unternehmen zum Technologietransfer insgesamt zu ermitteln, dessen sektorale und regionale Struktur zu analysieren und die mit dem Transfer verbundenen Kosten zu schätzen. Im Mittelpunkt steht dabei die Auswertung einer Befragung von 71 deutschen Unternehmen. Die Studie schließt mit Vorschlägen der befragten Unternehmen zur künftigen Förderung des Technologietransfers und empfiehlt Maßnahmen, die Industrie- und Entwicklungsländer ergreifen sollen.

Großoktav, 200 Seiten, 1981, Preis brosch. DM 39,-

ISBN 3-87895-216-3

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H – H A M B U R G

Der Verschuldungsstand würde nicht weiter ansteigen. Das Verhältnis der Exporte zur Verschuldung und zum Schuldendienst könnte wieder erträglich werden. Hierbei handelt es sich nicht um unrealistische Perspektiven, wie die folgenden Überlegungen zeigen.

Tabelle 2
Struktur der Importe
(Anteile in %)

Jahr	Produktionsmaterialimporte ¹	Investitionsgüterimporte	Sonstige Importe ²
1960	71,8	15,1	13,2
1965	70,1	15,0	15,0
1970	71,3	15,3	13,4
1975	63,8	24,5	11,7
1980	69,0	16,3	14,7

¹ Rohstoffe, Halbwaren und Vorprodukte.

² Vor allem Konsumgüter.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Preise vom 1. 1. 1977.

Zunächst ist zu fragen, wie hoch eigentlich die Wachstumsraten der Importe aus dem Westen und des Nationaleinkommens ausfallen müßten, damit nach einer bestimmten Zeit wieder der höchste Stand der Wirtschaft vor der Krise erreicht sein würde. Daran schließt sich die Frage an, wie hoch die Zuwachsraten der Exporte in den Westen ausfallen müßten. Um eine einigermaßen realistische Schätzung durchzuführen, müssen verschiedene Annahmen gemacht werden. Die erste betrifft die Höhe der Investitionsquote. Hier ist anzunehmen, daß sie so lange wie die Krise andauert auf dem niedrigen Niveau verbleiben wird, das sie Ende der 70er Jahre mit ca. 11 bis 15 % erreicht hat. Denn in diesem Zeitraum wird es weniger darum gehen, den bestehenden Produktionsapparat über einen neuen Investitions-

stoß zu erweitern und zu modernisieren, als zum Teil überhaupt erst wieder in Gang zu setzen. Daraus folgt, daß der Anteil der Investitionsgüter an den Gesamtimporten zugunsten der Produktionsmaterial- und Konsumgüterimporte weiter sinken wird. Der Anteil der Importe an Produktionsmaterial dürfte leicht zunehmen, und zwar auf einen durchschnittlichen Wert von 70 % (vgl. Tabelle 2).

Eine weitere Annahme betrifft die Nachfrage der Volkswirtschaft nach Produktionsmaterialimporten (vgl. Tabelle 3). Der Anteil dieser Importe am Nationaleinkommen (Importquote) wird voraussichtlich sinken. Die Elastizität der Produktionsmaterialimporte in bezug auf das Nationaleinkommen wird infolge verschiedener Maßnahmen, wie z. B. Stilllegung besonders importintensiver Betriebe, Produktionsumstrukturierungen und Wirtschaftsreformen, sinken, d. h. die Importe werden rationeller verwendet werden. Ein Wachstum des Nationaleinkommens um einen Prozentpunkt wird nicht mehr ein so extrem hohes Wachstum der gesamten Importe nach sich ziehen wie zuletzt zwischen 1976 und 1980.

Umstrukturierungen

Die insbesondere in den letzten Jahren durchgeführten Schwerpunktverlagerungen beim Import – von den westlichen Ländern hin zu den sozialistischen Staaten – werden teilweise zurückgenommen werden müssen, will man die Wirtschaft sanieren. Pro Einheit Nationaleinkommenszuwachs wird die Nachfrage nach Produktionsmaterialimporten wieder zunehmen, allerdings ohne das extrem hohe und zum Teil verschwenderische Niveau der Jahre 1971 bis 1975 (und auch noch 1976) zu erreichen. Dementsprechend wird die Nachfrage nach Importen von Rohstoffen, Halbwaren und Vorprodukten aus den sozialistischen Ländern pro Einheit Na-

Tabelle 3
Anteile der Produktionsmaterialimporte am Nationaleinkommen¹
und Einkommenselastizität der Importe
(durchschnittliche Werte)

Zeitraum	Importe insgesamt	Importquote ²		Einkommenselastizität der Importe		
		aus soz. Ländern	aus übrigen Ländern	Importe insgesamt	aus soz. Ländern	aus übrigen Ländern
1961-65	12,5	5,6	6,8	1,44	1,09	1,75
1966-70	14,1	7,0	7,2	1,33	2,09	0,65
1971-75	16,9	7,4	9,4	1,40	0,62	2,13
1976-80	17,4	6,9	10,5	1,84	4,85	0,91
1961-70	13,3	6,3	7,0	1,39	1,59	1,20
1971-80	17,2	7,2	10,1	1,62	2,74	1,52

¹ Erzeugtes Bruttonationaleinkommen plus Produktionsmaterialimporte (sogenanntes Endprodukt).

² Die Importquote ist hier nicht auf das verwendete, sondern auf das erzeugte Nationaleinkommen bezogen worden.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Preise vom 1. 1. 1977.

Tabelle 4
Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten
des Außenhandels und des Nationaleinkommens
bei unterschiedlich langen Sanierungsplänen
 (Basisjahr 1981, in %)

Sanierung bis	Erzeugtes BNE ¹	Verwendetes BNE ¹	Importe aus dem Westen	Exporte in den Westen
1984	6,7-7,0	3,0-3,5	8,7-10,2	20,3-21,6
1985	5,0-5,2	2,1-2,4	6,5- 7,6	15,1-16,0
1986	4,0-4,1	1,7-1,9	5,1- 6,0	12,0-12,8
1987	3,3-3,4	1,4-1,6	4,3- 5,0	9,8-10,4
1988	2,8-2,9	1,3-1,4	3,6- 4,3	8,1- 8,7
1989	2,5-2,6	1,3-1,4	3,2- 3,7	6,7- 7,2

¹ BNE = Bruttonationaleinkommen.

Quelle: Siehe Tabelle 2.

tionaleinkommenszuwachs unter das in den letzten Jahren erreichte Niveau sinken. Dieses war teilweise durch außerplanmäßige Hilfeleistungen der anderen RGW-Länder bestimmt worden und wird von daher nicht auf Dauer aufrechterhalten werden können. Insgesamt dürften die Importquoten und die Importelastizitäten in den nächsten sechs bis acht Jahren aber kaum unter das Durchschnittsniveau der gesamten 70er Jahre absinken.

Auf die mittelfristige Entwicklung des Handelsbilanzsaldos werden die Veränderungen der Terms of Trade wahrscheinlich nur einen geringen Einfluß ausüben. Seit einer Reihe von Jahren bewegt sich der Index im Handel mit den westlichen Ländern um den Wert 100. Bei einer Steigerung des Anteils der Rohstoffe am polnischen Export in den Westen könnte sogar eine Entlastung der Zahlungsbilanz eintreten, weil die Rohstoffpreise schneller als die Fertigerzeugnispreise steigen.

Sanierungsdauer und Wachstumsraten

Sollen die Exporte in den Westen unter diesen Annahmen sowohl die jährlich anfallenden Zinszahlungen als auch die Importe aus dem Westen finanzieren, die notwendig sind, um nach einer Reihe von Jahren wieder das Niveau des erzeugten Bruttonationaleinkommens von 1978 – dem höchsten Stand vor der Krise – zu erreichen, so sind unterschiedliche durchschnittliche jährliche Wachstumsraten erforderlich. Diese sind in Tabelle 4 wiedergegeben, wobei die Werte für 1981 die Ausgangsbasis der Berechnung darstellen. Hieraus ergibt sich, daß je kurzfristiger das Sanierungskonzept angelegt ist, je größer also der Ehrgeiz der Planer bei der Überwindung der Krise ist, um so größer die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der angeschlagenen Wirtschaft sind. Je vorsichtiger und langfristiger die Sanierungsstrategie dagegen angelegt ist, um so größer

sind die Erfolgchancen. Ist das Sanierungskonzept z. B. auf fünf Jahre angelegt, könnte bereits 1986 der Stand des erzeugten Nationaleinkommens von vor der Krise erreicht werden. Die Zuwachsrate des Nationaleinkommens müßte dann bei durchschnittlich jährlich 4,0-4,1 % liegen.

Längere Stagnationsphase

Ersichtlich wird, daß die durchschnittliche Zuwachsrate der Exporte in den Westen um mehr als das Doppelte über der der Importe aus dem Westen liegen müßte. Als unrealistisch sind die Planungen anzusehen, die auf durchschnittlichen jährlichen Exportzuwachsrate von mehr als 10 % basieren, denn zu derartigen Leistungssteigerungen ist die polnische Wirtschaft auf absehbare Zeit kaum in der Lage. Als realistisch erscheinen eher Planungszeiträume von sechs und mehr Jahren. Die Zuwachsrate der Importe und Exporte würden dann unter denen der 70er Jahre liegen, das Nationaleinkommen würde nur mit einer durchschnittlichen Rate von jährlich 2-3,4 % steigen. Unter diesen Umständen würde die reale Versorgung der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum stagnieren. Das verwendete Nationaleinkommen würde nur um durchschnittlich jährlich ca. 1,3-1,6 % wachsen. Da man nach ca. sieben bis acht Jahren auch wieder mit einer leichten Steigerung der Investitionsquote rechnen muß und die Wachstumsrate der Bevölkerung pro Jahr durchschnittlich 0,9-1 % betragen dürfte, würde der Lebensstandard der Bevölkerung – gemessen am Pro-Kopf-Einkommen – nur unwesentlich höher als 1981 liegen, vielleicht sogar etwas zurückgehen.

Das Volumen der Exporte in den Westen hätte nach sechs bis sieben Jahren bereits die Hälfte der (konstanten) Verschuldungssumme erreicht, während es zur Zeit nur etwa ein Drittel abdeckt. Damit würden Tendenzen zur Gesundung der polnischen Volkswirtschaft sichtbar, die Impulse für eine weitere Verbesserung nach sich ziehen könnten, wie etwa bei der Kreditwürdigkeit. Jedes Prozent Wachstum des Nationaleinkommens bzw. des Exports über den im Sanierungsplan vorgegebenen Wert würde sogar eine Tilgung der Schulden ermöglichen.

Eine Überwindung der Wirtschaftskrise bis zum Jahre 1990 und eine Rückzahlung der Kredite ist also keine unrealistische Vorstellung. Dem Argument, man wolle schlechtem Geld kein gutes hinterherwerfen, ist deshalb nicht zuzustimmen. Je später es allerdings zu einer langfristigen Umschuldung der in den nächsten Jahren fällig werdenden Kredite kommt, um so längere Zeiträume wird eine Sanierung der Wirtschaft erfordern und um so ungewisser wird die Kreditrückzahlung.